

"Europa aus dem Chaos befreien" in Le Carrefour (23. Juli 1947)

Legende: Am 23. Juli 1947 analysiert der britische Premierminister Anthony Eden in der französischen Zeitung Le Carrefour die Ergebnisse der Konferenz über europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, die am 12. Juli 1947 in Paris stattfand.

Quelle: Le Carrefour. 23.07.1947. [s.l.]. "Pour tirer l'Europe du chaos", auteur:Eden, Anthony , p. 1;2.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/europa_aus_dem_chaos_befreien_in_le_carrefour_23_juli_1947-de-3788752d-e6d2-4e02-8ad1-31b94b2bfc5a.html



Publication date: 05/07/2016

Europa aus dem Chaos befreien

von Anthony Eden

Kein vernünftiger Mensch in Westeuropa kann die Zweiteilung unseres Kontinents wollen. Aufgrund dieses Widerwillens vor einer solchen Lösung haben die Westmächte den Abschluss eines Vertrages untereinander so lange hinausgezögert. Dieser Widerwillen ist allerdings entschuldbar. In einem Zeitalter, in dem die gegenseitige Abhängigkeit der Staaten unablässig zunimmt, fällt es schwer einzuräumen, dass politisches Handeln sich an der Teilung eines Kontinents ausrichten soll. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Europas stellt jedoch noch eine weitaus größere Bedrohung dar als seine Teilung. Wir steuerten geradewegs auf diesen Zusammenbruch zu, als Marshall uns seinen Rettungsanker zuwarf.

Vom Ausland wurde Russland immer als in vielerlei Hinsicht unergründlich begriffen. Und tatsächlich sind einige Aspekte der gegenwärtigen sowjetischen Politik unter dem alleinigen Blickwinkel des nationalen Interesses nur schwer begreifbar.

Es steht außer Frage, dass die Sowjetunion Hilfe benötigt. Davon sind alle überzeugt, die sich ein Bild von den Verwüstungen des Landes durch die brutale deutsche Invasion machen konnten. Es steht außerdem außer Zweifel, dass die Sowjetunion einen wertvollen Beitrag zur Wiedergenesung der siechen Weltwirtschaft leisten könnte, wenn sie nur zu einer konstruktiven Rolle geneigt wäre. Die Ressourcen der Sowjetunion werden erst zum Teil genutzt, sind aber enorm.

Andererseits ist die Leidensfähigkeit der russischen Bevölkerung wirklich beeindruckend. Wenn der Kreml entscheidet, dass sie im Verfolg politischer Ziele noch weitere Entbehrungen erdulden muss, wird sie diese eben erdulden.

Zudem darf man nie übersehen, dass eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Sowjetunion und kapitalistischer Welt nur dann möglich ist, wenn man die Kontakte zwischen den beiden Kontrahenten intensiviert und wenn jeder mehr über die Lebensart des anderen lernt. Hierin liegt, so glaube ich, der Schlüssel für die sowjetische Ablehnung.

Trotz der durch den Krieg verursachten Zerstörungen und Verwerfungen im Westen liegt der Lebensstandard in der Sowjetunion so weit unter dem der westlichen Welt, dass jeder Russe – es sei denn, er ist ein absolut fanatischer Kommunist – sich die Frage nach der Unfehlbarkeit seines eigenen Systems stellen muss.

Es wäre ungerecht, die jetzigen sowjetischen Machthaber für den derzeit sehr niedrigen materiellen Lebensstandard in ihrem Land verantwortlich zu halten. Zur Zeit nämlich, als sie ihre revolutionären Experimente durchführten, verstanden die Weitsichtigsten unter ihnen voll und ganz, dass ihr Land mindestens eine Generation Rückstand auf Europa hatte. Danach hat die Heimsuchung durch die Deutschen den Fortschritt in Russland verzögert.

Der Fehler der sowjetischen Führer bestand in dem Ausmaß, in dem die sowjetische Propaganda es für angebracht befand, die Errungenschaften der kapitalistischen Welt herunterzuspielen. Noch heute verurteilen sie sie unablässig zum Untergang. Diese ganzen falschen Argumente führen dazu, dass die durch den Kontrast zwischen Propaganda und Wirklichkeit ausgelöste psychologische Verwirrung nur noch größer wird. Aber das ist noch nicht alles. Die politischen Kontakte, im weitesten Sinne des Wortes, werfen ihre ganz eigenen Probleme auf.

Das sowjetische Russland hat niemals die Freiheit in dem Sinne genossen, wie die westliche Welt den Begriff versteht. Angesichts der derzeitigen Herrschaft einer Staatspolizei, deren Aktionen nur allzu gut bekannt sind, ist es zu bezweifeln, ob die Bürger die Bedeutung des Wortes „Freiheit“ überhaupt auch nur erahnen können.

Die freie Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, das Recht auf Kritik, das freie Spiel der Kräfte in einer

parlamentarischen Regierung, all diese Begrifflichkeiten sind dem Geiste eines jeden russischen Kommunisten total fremd.

Ich möchte ein Beispiel aus dem Bereich der parlamentarischen Institutionen nehmen. Kein russischer Bürger im Jahre 1947 kann begreifen, was eine parlamentarische Debatte und der Mehrheitsbeschluss nach freier Abstimmung bedeutet. Ich erinnere mich daran, eines Tages in Moskau den Saal gesehen zu haben, in dem, wie man mir sagte, der Oberste Sowjet gewöhnlich zusammentritt. Es war ein Saal sehr ansehnlichen Ausmaßes, aber es war vor allem ein großes Theater, in dem das Publikum einem geschwollenen Vortrag zuhörte, der von der Bühne herunter deklamiert wurde.

Mit andächtiger Bewunderung erzählte man mir, dass die Herren Stalin und Molotow sowie andere hohe sowjetische Würdenträger von Zeit zu Zeit im Publikum Platz nahmen. Dies wurde natürlich als eine innovative, hoch demokratische Geste ausgelegt.

Aber selbstverständlich wird jeder sowjetische Führer von einer solchen Versammlung nichts anderes als Lobreden zu erwarten haben. Es mag sein, dass diese Herrschaften sich auf Dauer langweilen, aber zumindest besteht nicht das Risiko, dass sie sich ärgern. Parlament, Opposition oder Zweiparteiensystem sind für sie sinnleere Begriffe.

Der kommunistische Glaube wird mit religiöser Inbrunst vertreten und das kommunistische System duldet keine zweierlei Sichtweisen. Dieser glühende Glaube ist kein Fehler in sich. Der Fehler besteht darin, dass dieser Glaube rigoros intolerant ist und dem Glauben anderer Völker jeden Wert abspricht. Das aber ist ein Dogma des kommunistischen Kredos.

Wenn es zwischen den Verfechtern der beiden Ideologien nicht zu Kontakten kommt, wird die Tendenz, die jeweilige eigene herkömmliche Sichtweise zu übertreiben, die bestehenden divergierenden Ansichten nur noch weiter verstärken, und folglich die Spannungen zwischen den beiden Lagern verschärfen.

Der Osten wie der Westen sollen letztendlich in die Lage versetzt werden, mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und Ressourcen ihren vollen Beitrag zur Lösung der derzeitigen Probleme beizutragen. Solange Russland jedoch hartnäckig, starrsinnig und unbeweglich in seiner kritischen Isoliertheit verharrt, wird es uns, den westlichen Ländern, nicht möglich sein, mit Russland frei und wirkungsvoll zusammenzuarbeiten.

Deshalb muss man auch die Existenz einer Demarkationslinie zwischen Ost und West, so bedauerlich sie auch sei, für den Augenblick hinnehmen.

Die Treffen in Paris zeigen klar, wie sehr die Westmächte bereit sind, die Tür für Russland offenzuhalten. Jetzt haben die Westmächte jedoch eine sehr viel unmittelbarere Aufgabe zu erfüllen. Sie müssen ihre Politik der Zusammenarbeit mit den Ländern verstärken, die bereit sind, zu helfen und einen Plan als Reaktion auf das historische Angebots von G. Marshall auf die Bein zu stellen. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, dass die Antwort auf dieses Angebot nicht hinausgezögert wird. Die Lage der europäischen Wirtschaft ist viel zu ernst und duldet keine neuerlichen Aufschübe und keine ewigen Debatten.

In Paris wurden die Dinge sehr rasch in die Wege geleitet, was beweist, dass die Vertreter Westeuropas sich ihrer Verantwortung voll bewusst sind.

Das Problem, das die Umsicht der beteiligten Regierungen zuerst erfordert, ist der Zustand, in dem Deutschland sich befindet. In Potsdam war im Grundsatz festgelegt worden, dass Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln sei. Wenn die Sowjetunion es im Geiste echter Zusammenarbeit ermöglicht hätte, diese Entscheidung voll umzusetzen, hätte dies zu einem für alle viel positiveren Ergebnis geführt.

Leider zeigte die Sowjetunion zu keinem Zeitpunkt auch nur die geringste Bereitschaft, das Potsdamer Abkommen in die Tat umzusetzen, weder nach dem Geist noch nach dem Buchstaben. Die sowjetischen Vertreter wurden nicht müde, sich auf das Abkommen zu berufen, wenn dies ihnen zum Vorteil gereichte.

Sie ignorierten das Abkommen immer dann, wenn dies von ihnen ein Beitrag erfordert hätte.

Das Ergebnis dieses Verhaltens waren ein beträchtlicher Zeitverlust und die Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands in allernächster Zeit, der hauptsächlich zu Lasten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gehen wird.

Es ist deshalb völlig klar, dass Deutschland – oder zumindest seine drei Westzonen – aus jedwedem Abkommen auf Grundlage der Marshallplankonzeption zur Wiedergeburt Europas nicht ausgeschlossen werden darf.

Die Kohlezechen des Ruhrgebiets sind das Herz der europäischen Wirtschaft, und gemeinsam mit anderen deutschen Industriezweigen muss ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ihren Beitrag zum Wiederaufbau zu leisten. Es wäre vergeblich, wollte man vorgeben, dass die Entscheidung über die Einbeziehung der westdeutschen Zonen in die europäische Wirtschaftsordnung keine politischen Konsequenzen impliziert, aber man muss sich dieser Entscheidung ganz einfach stellen.

Georges Bidault bemerkte letzte Woche anlässlich der Pariser Konferenz sehr klug, dass „die Ressourcen Deutschlands durch ein Europa genutzt werden müssen, in dem Deutschland selbst enthalten ist“ und dass „Europa in seiner Ganzheit hier nicht vertreten ist, die hier Anwesenden jedoch das Recht haben, in seinem Namen zu sprechen und zu handeln“.

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die USA und Großbritannien praktisch Reparationen an Deutschland zahlen, während die Sowjetunion Reparationen von eben diesem Deutschland erhält.

Die unmittelbare Aufgabe dieser Konferenz besteht also darin, einen Plan als Antwort auf Marshalls Angebot auszuarbeiten, eine Organisation zu gründen, die in der Lage ist, die Ressourcen und die Bedürfnisse Europas zu bilanzieren, und zwar umgehend.

Es wäre wirklich unvernünftig, die Schwierigkeit dieser Aufgabe zu unterschätzen. Trotzdem darf diese Aufgabe, die einen Wendepunkt der Geschichte einläutet, ganz einfach nicht misslingen.

Dies ist schon allein aus Sicht der Westmächte selbst richtig. Wenn sie eine Einigung erzielen, haben sie damit die wesentlichen vorbereitenden Maßnahmen zum Wiederaufbau Europas getroffen und haben meiner Ansicht nach bewiesen, dass sie in der Lage sind, sich selbst zu helfen, und dass sie nicht nur auf Hilfe von außen warten.

[...]